

## SCHULZ WIRD KANZLERKANDIDAT DER SPD

Die Wartezeit hat ein Ende: Sigmar Gabriel hat entschieden von der Parteispitze und dem Amt als Wirtschaftsminister zurückzutreten, um im Auswärtigen Amt die Nachfolge von Frank-Walter Steinmeier anzutreten. Kanzlerkandidat wird Martin Schulz, der ehemaligen Präsident des Europäischen Parlaments. Grund dafür soll die Popularität des Politikers unter SPD-Mitgliedern sein. Schulz soll am Sonntag vom Parteivorstand nominiert werden. Im Wirtschaftsministerium wird an Gabriel Stelle Brigitty Zypries treten.

### KOMMENTAR

#### »MIT SCHULZ HAT DIE SPD EINE CHANCE, WENN...«

Von Heino Wiese

Ich war nicht nur überrascht sondern auch ein wenig erschrocken, als ich hörte, dass Martin Schulz der neue Spitzenkandidat der SPD werden soll. Mich stört, dass „der Neue“ keine Regierungserfahrung hat und von den Medien noch nicht so durchleuchtet ist wie Sigmar Gabriel und deshalb noch Überraschungen auf uns warten können. Außerdem mag ich diese rheinische Sprache nicht (außer bei Ulla Schmidt), weil ich dabei immer an Helau und Alaaf denken muss.

Nach einigem Nachdenken finde ich den Wechsel nun doch nicht schlecht. „Allem Neuen wohnt ein Zauber inne“ (Hermann Hesse) und man muss nun nur versuchen, diesen Zauber die nächsten acht Monate zu erhalten. Schulz hat aufgrund seiner langen EU-Erfahrung die Chance ein EU-Konzept zu entwickeln, dass in klaren Formulierungen eine tragfähige Lösung aufzeigt und dass die Bevölkerung versteht. Wenn er dann auch noch zu der Erkenntnis gelangt, dass nur ein Europa, das in Kooperation mit Russland agiert, ein starkes Europa sein kann, dann hätten wir eine Zukunftsaussicht weniger. Dazu ist es notwendig, die eigenen Werte nicht zu überhöhen und nach zukunftstauglichen Kompromissen zu sorgen. Die EU muss außerdem den Bürgern innere und äußere Sicherheit bieten. In diesem Kontext muss auch gemeinsames Zuwanderungskonzept entwickelt werden. Ein weiteres Thema wäre, die Nullzinspolitik zu beenden, damit die kleinen Sparer und diejenigen, die auf unser Anraten eine Kapitalgedeckte Rente abgeschlossen haben, nicht schleichend enteignet werden. Und letztlich müssen gerade in diesen Zeiten der hohen Nachfrage an Arbeitskräften weitere Beschränkungen für Leiharbeit und Zeitarbeit durchsetzen.

Wenn Schulz sich diese Themen beschränkt und sich nicht um alle gesellschaftlichen Belange von Minderheiten kümmern will, dann hat er vielleicht eine Chance den Rückstand auf die permanent abbaubende Merkel aufzuholen. Und rumreisen wird er müssen, um sich in allen Regionen Deutschlands persönlich bekannt zu machen. Also: Klare Kante und Optimismus sind angesagt in der SPD!

### BUNTES AUS BERLIN

## 30. JUBILÄUM DER TRANSMEDIALE

Die Transmediale - ganzjähriges Projekt und Festival zugleich - lädt zwischen dem 2. Februar und dem 5. März Besucher zu Veranstaltungen und Ausstellungen ein, die Technologie, Kunst und Kultur verbinden.

Ein besonderer Fokus wird bei dem 30. Jubiläum der Transmediale der kritische Umgang mit der digitalen Kommunikation sein sowie der medialen Überflutung durch das Internet sein. Die Spannung zwischen individuellen Nutzern und modernen Algorithmen werden dabei in audiovisuellen Projekten eindringlich dargestellt und fordern die Zuschauer zu Reflexion auf.

Die Transmediale findet im Haus der Kulturen der Welt statt, der Eintritt kostet 20 Euro.



## "GEWALTÄTÄTER SPORT" - UMSTRITTENE DATEI MIT DETAILLIERTEN PERSONENANGABEN

Wie viele Daten darf die Polizei digital speichern, um effektiv gegen Gewalttäter zu arbeiten? Nach einer kleinen Anfrage der Grünen-Abgeordneten Monika Lazar wird nun diese Frage um die digitale Kartei, die auch "Hooligan-Datei" genannt wird und auf denen Einträge aller 16 Länderpolizeien zu finden sind, diskutiert. Insgesamt sind 11.000 Personen darauf registriert, viele von ihnen sind dabei nie selbst gewalttätig geworden. Pro Person werden 50 Merkmale gesammelt, darunter nicht nur Geburtstag und Ort, auch Schuhgröße, Dialekte, sprachliche Merkmale und Tätowierungen. Einmal in der Kartei, kommt man schwer raus. Datenschützer rügen diese Speicherpraxis.

### IMPRESSUM

Herausgeber: **WIESE CONSULT GmbH**  
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin  
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29  
redaktion@hauptstadt-insider.de ·  
www.wiese-consult.com  
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B  
USt-Id.Nr.: DE259602002  
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschkow  
Telefon 030.81058880  
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare  
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. - Versand- u. Büro-  
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin  
Satz, Layout: Jenny Bogitzky, Wiese Consult  
erscheint seit März 2007  
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



# INSIDER

## DIE GEFAHR DES PROTEKTIONISMUS BANNEN



Von Dieter Janecek, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Die Demokratien vieler europäischer Staaten haben sich die Vereinigten Staaten von Amerika zum Vorbild genommen. Um dieses Vorbild steht es - seit der Wahl von Donald Trump zum 45. US-Präsident - alles andere als gut. Und die ersten Amtstage von Trump geben wenig Anlass zur Hoffnung, dass doch nicht alles so schlimm werden wird. Die Signale zeigen in Richtung Isolationismus, Protektionismus sowie Rollback in gesellschafts- und umweltpolitischen Fragen. Der transatlantische Handel, die regelgeleitete Globalisierung, von denen Deutschland als Exportnation wie kaum eine andere profitiert hat, ist in Gefahr. Verstärkt wird diese durch Brexit, dessen dauerhafte

Folgen womöglich gravierender sein werden als eine - vierjährige - Präsidentschaft Trumps.

Dennoch muss für Deutschland, für Europa jetzt gelten: eine Schockstarre können wir uns schlicht nicht leisten. Jetzt gilt es mehr denn je, eine auf Kooperation, auf freien und fairen Handel und den offenen Austausch angelegte Politik zu verfolgen. Freier Handel funktioniert aber nur, wenn er auch fair ist. Und hier lag in den letzten Jahren vieles im Argen. Dass Protektionismus plötzlich für viele - auf beiden Seiten des Atlantiks - wieder attraktiv erscheint, liegt auch daran, dass es nicht gelungen ist, den freien Handel auch fair zu gestalten und uns um diejenigen zu kümmern, die sich auf der Verliererseite der Globalisierung sehen.

Regelgeleitete Politik statt Wettbewerb um den niedrigsten Standard, Kooperation statt Isolationismus und Protektionismus, dafür muss endlich ein Ruck durch Europa gehen, die EU muss sich endlich selbst am Schopfe aus dem Treibsand ziehen - und sich auf die Suche nach Partnern machen. Auf die transatlantische Achse werden wir auch in Zukunft nicht verzichten können - sie wird sich aber in den nächsten vier Jahren stärker auf den Austausch der Zivilgesellschaft konzentrieren müssen. Auch im Kongress wie auf Ebene der Bundesstaaten werden wir Verbündete finden - in der US-Administration hingegen kaum.

## TRUMP STARTET MIT WUCHT INS AMT

Der neue US-Präsident Donald Trump begann seine Amtszeit mit klaren Schritten, die das Wirken seines Vorgängers zum Teil aufheben soll.

In dieser Woche verkündete er, die USA solle aus dem transpazifischen Freihandelsabkommen TPP austreten - ein entsprechendes Dokument hat er bereits medienwirksam dafür unterzeichnet. Die asiatischen Partner - vor allem Japan - zeigten sich besorgt.

Ferner erließ er ein Dekret, nach welchem die entwicklungspolitische Förderung internationaler Organisationen, die Abtreibungen und Verhütungsmethoden anbieten, unterlassen werden soll. Klassischerweise heben demokratische Präsidenten diesen Beschluss auf, während Republikaner ihn

erneut erlassen.

Für Missmut sorgte auch der Beschluss das Keystone-Pipeline-Projekt wiederzuleben. Der kanadische Präsident Justin Trudeau begrüßte Trumps Entscheidung, da 99% des kanadischen Eröls in den USA raffiniert werden, jedoch führt das Projekt auch zu großen umweltpolitischen Bedenken und betrifft die Territorien indigener Stämme.

Ferner kündigte Trump den Bau der Mauer entlang der US-amerikanisch-mexikanischen Grenze sowie ein geplantes Einreiseverbot für Menschen aus Syrien, Jemen, Irak, Sudan, Somalia, Libyen und Iran an, auch für Menschen, die nach Genfer Konvention den Flüchtlingsstatus bekommen würden.

## SYRISCHE FRIEDENSGESPRÄCHE: ZÄHE FORTSCHRITTE IN ASTANA

In der Hauptstadt Kasachstans, Astana, haben sich zehn Vertreter der syrischen Regierung sowie zwölf Vertreter diverser Oppositionsgruppen in dieser Woche auf eine Verlängerung der Waffenruhe geeinigt. Beide Seiten hatten sich zuvor beschuldigt, die Waffenruhe zu missachten. Die Gespräche wurden von Russland, der Türkei und dem Iran begleitet.

Vertreter des Islamischen Staats und der Al-Qaida-Tochter Fateh al-Sham, die bis vor kurzem noch Al-Nusra-Front hieß, waren zu dem Gespräch nicht eingeladen. Sollte die Waffenruhe bis zum 8. Februar anhalten, könnte ein erneuter Versuch vom UN-Sondergesandten Staffan de Mistura erfolgen, Friedensgespräche in Genf anzuregen.

## WIRTSCHAFT · MITTELSTAND · FINANZEN

## VW-VORSTAND HOHMANN-DENNHARDT SCHEIDET NACH EINEM JAHR AUS

Die ehemalige Verfassungsrichterin Christine Hohmann-Dennhardt war im Vorstand von Volkswagen für den Bereich "Compliance und Recht" verantwortlich und scheidet nun nach einem Jahr aus. Hohmann-Dennhardt war ebenfalls für die Aufklärung des Dieselskandals verantwortlich.

Man würde sich nun "aufgrund unterschiedlicher Auffassungen über Verantwortlichkeiten und die künftigen operativen Arbeitsstrukturen in ihrem Ressort" trennen, bestätigte Volkswagen.

Die Trennung sei in beidseitiger Einver-

nnehmlichkeit von Statten gegangen.

Nachdem die Juristin zuvor bei Daimler souverän mit dem US-Schmiergeldskandal im Vorstandsposten umgegangen war, holte Volkswagen sie nach Wolfsburg, um ebenfalls mehr Ordnung in den krisengebeutelten Autobauer zu bringen.

Die Nachfolge von Hohmann-Dennhardt, die in den 1990-ern Justizministerin Hessens war, wird Hiltrud Werner, bisherige Leiterin der Volkswagen-Konzernrevision, übernehmen. Zuvor war die Managerin beim Autozulieferer ZF tätig.

## MAY LEGT BREXIT-GESETZENTWURF DEM PARLAMENT VOR

Nachdem das britische oberste Gericht geurteilt hatte, dass ein Ausstieg aus der Europäischen Union ohne Zustimmung des Parlaments rechtswidrig wäre, hat Premierministerin Theresa May den Parlamentariern den Gesetzesentwurf vorgelegt.

Bis zum 8. Februar sollen die Beratungen über den Gesetzesentwurf abgeschlossen sein, der danach auch dem Oberhaus vorgelegt werden muss.

Der Zeitplan ist knapp bemessen: May möchte bis Ende März des Austrittswunsch an Brüssel formulieren und somit Artikel 50 des Vertrags über die Europäische Union aktivieren.

Aktuell wird damit gerechnet, dass der

Gesetzesentwurf vom Parlament eine ausreichende Mehrheit erhalten wird trotz des Gegenwinds seitens der schottischen Partei, der Liberaldemokraten sowie der Labour-Partei. Vor allem die Entscheidung über den "harten" Brexit ohne Assoziationsabkommen wie im Falle Norwegens führte zu Besorgnis über eine schwächelnde Volkswirtschaft.

May hatte sich zwar für ein global offenes Großbritannien ausgesprochen, jedoch mit starken Regulierungen bei der Immigration. Indien und Australien haben jedoch bereits angekündigt bei Handelsverhandlungen auch auf Personenfreizügigkeit zu bestehen.

## DOW JONES ÜBER 20.000 PUNKTEN

Die Partystimmung an der Börse führt dazu, dass die Erwartungen vieler Analysten übertroffen werden - 70% der Unternehmen entwickeln sich besser an der Börse als erwartet.

Das beflügelt den Kurs und brachte eine kräftige Steigerung, sodass die historische Grenze von 20.000 Punkten geknackt wurde. Auch die anderen Indizes gewinnen weiter an Wert.

Experten gehen von einem Trump-Effekt aus. Seine Treffen mit US-Autobauern und

die Wiederaufnahme des Keystone-Pipeline-Projekts lassen besonders die Papiere in den betroffenen Branchen an Wert gewinnen. Allerdings gibt es auch skeptische Stimmen, die Anlegern zu großen Optimismus attestieren. Die Marke von 20.000 sei lediglich ein Symbol dafür, dass es den Top-30-Unternehmen in den USA ein wenig besser ginge. Auch Goldman Sachs warnt vor zu großer Euphorie wegen der von Trump angekündigten Steuersenkungen, die schnell vergehen könnte.

## PERSONALIEN

## MCALLISTER FOLGT AUF BROK ALS AUSSCHUSS-VORSITZENDER IM EP

David McAllister (46) ist von heute an Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments (AFET). Er folgt damit auf Elmar Brok (70), der den Ausschuss von 1999 bis 2007 und seit 2012 leitete. Der frühere niedersächsische Ministerpräsident gehört seit 2014 der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments an und ist stellvertretender Vorsitzender der dortigen CDU/CSU-Gruppe.

## KRINGS LEITET LANDESGRUPPE NRW DER CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION

Günter Krings (47) ist neuer Vorsitzender der nordrhein-westfälischen Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die die größte Landesgruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag bilden. Der Parlamentarische Staatssekretär gewann gegen den langjährigen Vize-Landesgruppenchef Ralf Brauksiepe mit 35 zu 22 Stimmen. Es gab eine Enthaltung. Krings folgt auf den im November verstorbenen Peter Hintze, der die Landesgruppe seit 2006 geleitet hatte.

## LANGE ALS VORSITZENDER DES EP-HANDELS-AUSSCHUSSES WIEDERGEWÄHLT

Bernd Lange (61, SPD, S&D) ist am 23. Januar als Vorsitzender des Ausschusses für Internationalen Handel im Europäischen Parlament bestätigt worden. Die Amtszeit beträgt zweieinhalb Jahre. Lange ist seit Beginn der Legislaturperiode im Jahr 2014 Vorsitzender des Handelsausschusses.

## AUS DEN BOTSCHAFTEN

## CHINESISCHER BOTSCHAFTER IN BERLIN RUFT ZU MEHR HANDELSERLEICHTERUNGEN AUF

Der chinesische Botschafter Shi Mingde hat infolge der protektionistischen Ankündigungen und Maßnahmen Donald Trumps in einem Artikel der "Welt" die deutsche Regierung sowie die Unternehmen zu einer offenen Haltung bei Handel und Investitionen aufgerufen. Der Botschafter kündigte an, die Volksrepublik China wolle die Öffnung des eigenen Landes vorantreiben und würde dabei auch auf Deutschland als strategischen Partner setzen. China sei erst am Anfang der geplanten Investitionstätigkeiten und würde auf vertiefte Kooperation setzen, um wirtschaftliche und sicherheitspolitische Erfolge zu gewährleisten. Dabei dürfe man sich nicht gegen die Globalisierung entscheiden, um den Wohlstand für möglichst viele Menschen zu ermöglichen.

## WORTE DER WOCHE

*»Das Mikromanagement der EU-Kommission hat keine Zukunft [...] Jetzt ist die Zeit, Europa zu stärken.«*

Sigmar Gabriel über die Folgen der EU-Krisen.

*»Die Partnerschaft war nie so leer und schwach wie heute.«*

Der französische Präsidentschaftskandidat Francois Fillon über das deutsch-französische Verhältnis.

*»Donald Trump steht für einen neuen Stil von Politik, der sich nicht in Regelwerken erschöpft, sondern von kühnen Gesten und deren Durchsetzung im Alleingang lebt.«*

Nicola Leibinger-Kammüller, Vorsitzende der Geschäftsführung der Trumpf GmbH & Co. KG.

*»Ich befinde mich im Krieg mit den Medien.«*

US-Präsident Donald Trump.

*»Die Regierung denkt über einen Ausweg aus der Krise nach, nicht über Wahlen.«*

Alexis Tsipras, griechischer Regierungschef, ist gegen vorgezogene Wahlen.

*»Alles wäre einfacher, wenn man bis zur Vollendung der Vereinigten Staaten von Europa wenigstens die Macht über die vier wichtigsten politischen Themen nach Brüssel abgäbe.«*

Reinhold Würth, Vorsitzender des Stiftungsaufsichtsrats der Würth-Gruppe.

*»Europa muss einig sein, trotz all seiner Versuche, irgendwelche neuen Mauern zu errichten.«*

Wladimir Putin bei einem Treffen mit Studenten der Moskauer Staatlichen Universität.

*»Ich glaube, dass der Dialog unverzichtbar ist. Und ich glaube, dass wir sogar mehr Dialog brauchen. Ich glaube, dass es nicht so vernünftig war, den Nato-Russland-Rat abzuschalten – ausgerechnet bei dem Beginn einer Krise.«*

Gernot Eiler, Russland-Beauftragter der Bundesregierung, in einem Interview mit dem Deutschlandfunk.

## TERMINE

## 30.1. STIFTERVERBAND ZUR ENERGIEWENDE

Diskussionsveranstaltung des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft und der inogy Stiftung für Energie und Gesellschaft zum Thema „Wissen für die Energiewende“, u.a. mit dem Wissenschaftlichen Direktor des Institute for Advanced Sustainability Studies Prof. Ortwin Renn, dem Fachgebietsleiter Energiesysteme am Institut für Energietechnik an der Technischen Universität Berlin Prof. Georg Erdmann und dem Abteilungsleiter Zukunftsvorsorge im Bundesforschungsministerium Karl Eugen Huthmacher

## 31.1. JAHRESPRESSEKONFERENZ DES HDE

Pressekonferenz des Handelsverband Deutschland (HDE) zum Thema „Bilanz 2016 - Jahresprognose 2017“, u.a. mit dem Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands Deutschland Stefan Genth Verbändehaus Handel, Dienstleistung, Tourismus, Am Weidendamm 1a, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich)

## 7.2. NAUMANN-STIFTUNG ZUR RENTE 4.0

Politikfrühstück der Friedrich-Naumann-Stiftung zum Thema „Wie die Alterssicherung zukunftsfähig werden kann“, u.a. mit dem Inhaber des Lehrstuhls für Generationenübergreifende Wirtschaftspolitik an der Otto Beisheim School of Management Prof. Christian Hagist und dem Referent Themenmanagement Soziale Marktwirtschaft der Naumann-Stiftung Fabian Disselbeck Friedrich-Naumann-Stiftung - Hauptstadtbüro, Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich)

## 8.2. VDEK ZUR GESUNDHEITSPOLITIK IM WAHLJAHR 2017

Pressekonferenz des Verbands der Ersatzkassen (vdek) zum Thema „Gesundheitspolitik im Wahljahr 2017 - Erwartungen der Ersatzkassen“, u.a. mit der Vorstandsvorsitzenden des vdek Ulrike Elsner und dem Vorstandsvorsitzenden des vdek Uwe Klemens Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich)